

## Wer wird Macri herausfordern?

Ex-Wirtschaftsminister Lavagna als möglicher Kandidat

Buenos Aires (AT/mc) - Fest steht, dass die Argentinier in der zweiten Hälfte dieses Jahres darüber entscheiden, wer sie in den anschließenden vier Jahren als Präsident regiert. Amtsinhaber Mauricio Macri darf gemäß der Verfassung noch einmal antreten - und bislang deutet vieles darauf hin, dass er sich um eine Wiederwahl bemüht. Völlig ungewiss ist zur Stunde jedoch, wer den amtierenden Staatsoberhaupt herausfordern wird.



Roberto Lavagna.

Macris Amtsvorgängerin Cristina Fernández de Kirchner hat sich bislang noch nicht in die Karten blicken lassen, ob sie sich noch einmal um das höchste Amt im Staat bewerben möchte. In ihrem Wahlbündnis „Unidad Ciudadana“ (Bürger-Einheit) verweist man auf die Fristen zur Einreichung der Kandidaturen hin, die erst im Juni verstreichen.

Ambitionen, in die Casa Rosada einzuziehen, haben auch Sergio Massa, der Chef der Erneuerungsfrente (FR), Juan Miguel Urtubey, der Gouverneur von Salta, sowie Miguel Pichetto, der die peronistische Fraktion im Senat

führt. Sie alle gehören im weiteren Sinne dem peronistischen Spektrum an, das indes sehr heterogen ist. In der Vergangenheit bildeten sie unterschiedliche Wahlbündnisse, zum Teil auch außerhalb der Peronistischen Partei (PJ).

Am Montag trafen sie sich in Mar del Plata, um die „Föderale Alternative“ auf den Weg zu bringen - ein Wahlbündnis, das all diejenigen Peronisten ansprechen will, die nicht dem Kirchner-Lager zu-

zurechnen sind. Neben Massa und Pichetto war auch Córdoba Gouverneur Juan Schiaretto zugegen. Urtubey konnte hingegen nicht teilnehmen.

Die Peronisten dürften nur dann eine wirkliche Chance haben, Macri vom Thron zu stürzen, wenn es ihnen gelingt, sich auf einen starken Kandidaten zu verständigen. Immer häufiger wird in diesem Zusammenhang Roberto Lavagna genannt. Der 76-jährige Wirtschaftsexperte, der Anfang der Nullerjahre den Präsidenten Eduardo Duh-

### ► Inhalt

Klicken Sie bitte auf den Titel des gewünschten Artikels oder die gewünschte Rubrik

#### Argentinien

- Zwist in der jüdischen Gemeinschaft.....3
- Die Woche in Argentinien.....4

#### Meinung

- Eine mangelhafte Justiz.....5
- Im Blickfeld: Weimar und Grundgesetz.....6
- Randglossen .....8

#### Wirtschaft

- Steuereinnahmen im Januar: +38,9% .....9
- Argentinien .....10
- Lateinamerika .....12
- Geschäftsnachrichten.....13
- Wechselkursentwicklung ohne Sprünge.....14
- Pannen bei Stromversorgung und Tariferhöhungen .....16

alde und Néstor Kirchner als Wirtschaftsminister diente, scheint nicht wenigen als der ideale Bewerber, um die Differenzen des peronistischen Lagers zu überwinden. So lobten denn auch Duhalde und der peronistische Gewerkschaftsführer Luis Barrionuevo Lavagna als „Kandidaten der Einheit“.

Zudem könnte Lavagna auch Stimmen aus den Reihen von Macris Koalitionspartner, der Radikalen Bürger Union, an sich ziehen. Schließlich diente er einst Präsident Raúl Alfonsín (UCR) als Staatssekretär für Industrie.

Lavagnas wirtschaftlicher Sachverstand und seine persönliche Integrität werden über die Parteigrenzen anerkannt. Doch hat der 76-Jährige durchblicken lassen, dass er keine Neigung habe, sich in den Vorwahlen (PASO) einer harten parteiinternen Konkurrenz zu stellen. Lediglich als Kandidat eines lagerübergreifenden Kompromisses käme eine Kandidatur in Betracht, wie es aus peronistischen Kreisen hieß.

Ein Vorteil Lavagnas ist sicher der Umstand, dass er nicht so stark polarisiert wie etwa Cristina. In einer möglichen Stichwahl zwischen CFK und Macri würden wohl nicht wenige Wähler den Amtsinhaber vor allem deswegen wählen, um ein Comeback Kirchners an der Staatsspitze zu verhindern. Ein Problem, das Lavagna nicht hätte. Im Gegenteil: Als Wirtschaftsexperte könnte er von Macri Stimmen abziehen. Schließlich ist das bislang ausgebliebene Wirtschaftswachstum die Achillesferse der Macri-Regierung. Die Unzufriedenheit über Inflation und steigende Gebühren ist weit verbreitet.

Vor zwölf Jahren hatte Lavagna schon einmal sein Glück als Präsidentschaftskandidat probiert. Damals musste er sich hinter Cristina Kirchner und Elisa Carrió jedoch mit dem dritten Platz begnügen. Er erreichte 16,89 Prozent der Stimmen.

## IMPRESSUM

# Argentinisches Tageblatt

- ▶ Verlag und Verwaltung: Ciudad de La Paz 1410  
C 1426 AHB Buenos Aires
- ▶ Telefon/Fax: (5411) 4782-5104 / 4785-0227 /  
4780-4353
- ▶ Internet: [www.tageblatt.com.ar](http://www.tageblatt.com.ar)
- ▶ E-Mail: [info@tageblatt.com.ar](mailto:info@tageblatt.com.ar)  
[atda@tageblatt.com.ar](mailto:atda@tageblatt.com.ar)  
(Digitale Ausgabe)  
[vereine@fibertel.com.ar](mailto:vereine@fibertel.com.ar)  
(Gemeinschaften)  
[atpublicidad@fibertel.com.ar](mailto:atpublicidad@fibertel.com.ar)  
(Anzeigenabteilung)  
[atsuscripciones@fibertel.com.ar](mailto:atsuscripciones@fibertel.com.ar)  
(Abonnements)
- ▶ Twitter! @ATdeBuenosAires
- ▶ Facebook argentinischestageblatt

### Redacción y Administración:

Ciudad de La Paz 1410 - C 1426 AHB, Buenos Aires

**Propiedad de:** ALEMANN S.R.L.

**Director:** Dr. Roberto T. Alemann

**Reg. Nacional de la Propiedad Intelectual:** N° 47.261.704

„...mit echtem Freisinn und unerschütterlicher Überzeugungstreue die Deutschsprechenden im Lande den Weg des Fortschritts und der Freiheitsliebe zu führen“

**Argentinisches Tageblatt, Nr. 1 (29. April 1889)**



**Medienpreis  
Dialog für  
Deutschland  
2012**



**Swiss  
Award 2013**

# Zwist in der jüdischen Gemeinschaft

Es geht um den Umgang mit den Ermittlungen gegen CFK

Buenos Aires (AT/mc) - Innerhalb der jüdischen Gemeinschaft rumort es derzeit gewaltig. Es geht um den Umgang mit den Ermittlungen gegen Ex-Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner im Zusammenhang mit dem Iran-Memorandum. Vorläufiger Höhepunkt der Auseinandersetzung ist der unbefristete Rückzug von Agustín Zbar als Vorsitzender des jüdischen Sozialwerks AMIA.

Hintergrund ist ein Schreiben des AMIA-Vorstandes an den Dachverband der jüdischen Vereinigungen in Argentinien (DAIA). Darin wird gefordert, dass sich die DAIA als Nebenklägerin aus dem Prozess gegen Cristina Kirchner zurückziehe. Das Verfahren gründet auf Untersuchungen von Sonderstaatsanwalt Alberto Nisman, der 2015 tot in seinem Apartment aufgefunden wurde. Die Justiz geht mittlerweile von Mord aus.

Nisman hatte das Bombenattentat auf das AMIA-Gemeindezentrum im Jahr 1994 untersucht, dessen Hintermänner die argentinische Justiz im Iran vermutet. Der Jurist kam zu dem Schluss, dass Kirchner und ihre Regierung durch ihr Abkommen mit dem Iran im Jahr 2013 dazu beitragen wollten, die Hintergründe des Attentats zu verschleiern und die Justiz bei der Aufarbeitung des Verbrechens zu behindern.

Das aktuelle Ansinnen der AMIA löste in weiten Teilen der jüdischen Gemeinschaft große Empörung aus. In einer Erklärung, die zahlreiche prominente Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft unterschrieben, hieß es gar: Der Brief stelle einen „neuen Anschlag auf die AMIA“ dar, diesmal auf moralischer Ebene gegen die Integrität der Einrichtung. Die DAIA machte zudem deutlich, dass sie nicht daran denke, von der Klage gegen Kirchner zurückzutreten.

Im Zentrum der Kritik stand der AMIA-Vorsitzende Zbar. Der Funktionär, der dem religiös-orthodoxen Flügel angehört, hatte in einem Radiointerview Zweifel daran angemeldet, dass es bei dem Iran-Memorandum



Agustín Zbar lässt den AMIA-Vorsitz bis auf Weiteres ruhen. tatsächlich um Verdunkelung und Behinderung der Justiz gegangen sei.

Angesichts des Ärgers, den diese Bemerkungen nach sich zogen, erklärte Zbar am Sonntag, seinen Posten bis auf Weiteres ruhen zu lassen. Interimsvorsitzender ist nun Ariel Eichbaum, der bisherige AMIA-Vize.

Dieser hatte zwar selber das eingangs erwähnte Schreiben an die DAIA mitunterzeichnet. Doch kündigte Eichbaum nach einem Gespräch mit dem DAIA-Vorsitzenden Jorge Knoblovits an, dass die AMIA ihre Bitte nach Ausstieg aus dem Verfahren offiziell zurückziehe. „Die AMIA bedauert zutiefst, dass der Brief ein so großes Unbehagen verursacht hat“, heißt es in der Pressemitteilung des Sozialwerks.

## Die Woche in Argentinien

### Macri reist nach Asien

Mauricio Macri will die Handelsbeziehungen Argentiniens im asiatischen Raum ausbauen. Zu diesem Zweck fährt der Präsident Mitte dieses Monats nach Indien, Vietnam und Singapur. Erster Halt der Reise ist am 18. Februar die indische Hauptstadt Neu-Delhi, wohin ihn Narendra Modi, der Premier des Gastgeberlandes, beim G20-Gipfel in Buenos Aires eingeladen hat. Argentinien will vor allem seinen Export von Sojaöl in das bevölkerungsmäßig zweitgrößte Land der Welt vergrößern. Die Zusammenarbeit mit Indien soll vor allem auf den Feldern erneuerbare Energien, Weltraumforschung, Flugverkehr, Bergbau (Lithium, Gold und Kupfer), Pharmazie, Nuklearenergie und Automobile ausgebaut werden. Über einen Zwischenstopp in Mumbai will Macri dann weiter nach Vietnam reisen, wo er am 20. und 21. Februar erwartet wird. Dort wird er zu Gesprächen mit Premierminister Nguyen Xuan Phuc zusammentreffen, der bereits die Bereitschaft seines Landes signalisiert hat, mehr argentinische Lebensmittel zu importieren. Zum Abschluss seiner Asien-Visite macht der Präsident dann noch im Stadtstaat Singapur Station.

### Teure Behandlung

Zwischen Argentinien und Bolivien gibt es derzeit Differenzen. Anlass ist der Umstand, dass ein argentinischer Bürger für eine medizinische Behandlung in einem Krankenhaus des Nachbarlandes zur Kasse gebeten wurde. Der 35-jährige hatte zuvor einen Verkehrsunfall erlitten und musste dann einen vierstelligen Dollar-Betrag zahlen, um verarztet zu werden. Der Fall ist von daher ein Aufreger, da Bolivianer andersherum in Argentinien in öffentlichen Hospitälern eine Gratis-Behandlung erhalten. Ungerecht findet dies Jujuys Gouverneur Gerardo Morales, der sich mit der Forderung nach Gegenseitigkeit an seinen Namensvetter, den bolivianischen Präsidenten Evo Morales, gewandt hat. Der Gouverneur beklagte dabei, dass das Unfallopfer im Nachbarland auf „unmenschliche Weise“ behandelt worden sei. Rückendeckung hat Gerardo Morales aus der Casa Rosada. Dort wurde verlautbart, dass Präsident Mauricio Macri das Thema auf seine Agenda gesetzt habe.

### Mehr Straßenblockaden

Die Zahl der Straßenblockaden in Argentinien hat im zurückliegenden Jahr wieder zugenommen. Gemäß einer Erhebung der Beraterfirma „Diagnóstico Político“ (DP) gab es 2018 insgesamt 5857 Protestaktionen, bei denen der öffentliche Verkehr beeinträchtigt bzw. unterbrochen wurde. Das sind rund 16 Blockaden pro Tag. Rund 40

Prozent der Blockaden fanden in Buenos Aires und Umgebung statt. Gegenüber dem Jahr zuvor ergibt sich insgesamt eine Zunahme um zwölf Prozent. 2017 wurden 5221 gewaltsame Straßensperren registriert. Der Rekord war indes 2014 mit 6805 Blockaden zu verzeichnen. Damals regierte noch Cristina Fernández de Kirchner in der Casa Rosada. 2016 wurde mit 6491 Blockaden der Höchststand während der Macri-Regierung erreicht. Die Gruppe, die im zurückliegenden Jahr am häufigsten Straßen blockierte, waren Staatsbedienstete (1343). Es folgen Bürgerrechtsorganisationen (1313), politische Gruppierungen (865) und Nachbarschaftsbündnisse (688).

### Vorladungen

Im Zusammenhang mit der Causa Lázaro Báez hat Richter Sebastián Casanello zwei Mitarbeiter der Schweizer Privatbank „Lombard Odier“ sowie vier Vertreter des Finanzdienstleisters Provalor zur mündlichen Verhandlung vorgeladen. Den Männern wird vorgeworfen, dem Bauunternehmer und Kirchner-Geschäftsfreund Báez geholfen zu haben, Geld zu waschen und außer Landes zu bringen. Nach Ansicht von Richter Casanello und Staatsanwalt Guillermo Marijuan soll es alleine in den Jahren 2010 und 2011 um eine Summe von 60 Millionen US-Dollar gegangen sein. Báez erhielt während der Zeit der Kirchner-Regierungen zahlreiche Aufträge für öffentliche Bauten. Auch Ex-Staatschefin Cristina Fernández de Kirchner muss sich derzeit vor Gericht dem Vorwurf stellen, sich durch die Geschäfte mit Báez im großen Stil bereichert zu haben (wir berichteten).

### Mendoza wählt früher

Die Provinz Mendoza wird sich bei seinen diesjährigen Gouverneurswahlen nicht an Daten der Urnengänge auf nationaler Ebene orientieren. Wie der scheidende Verwaltungschef der Weinanbauprovinz, Alfredo Cornejo, am Dienstag mitteilte, werden die Vorwahlen in Mendoza am 9. Juni und die Gouverneurs- und Parlamentswahlen am 29. September abgehalten werden. Cornejo (UCR) ist der erste Vertreter der Regierungskoalition Cambiemos (Verändern wir), der von den Terminen auf Bundesebene abweicht. Die hierfür vorgesehenen Daten sind der 11. August (Vorwahlen), 27. Oktober (Präsidentschafts- und Kongresswahlen) und 24. November (mögliche Stichwahl). Cornejo kann sich nicht noch einmal um den Gouverneursposten bewerben. Dies ist aufgrund der Provinzverfassung nicht möglich.

(AT/mc)

# Eine mangelhafte Justiz

Von Juan E. Alemann

**D**ie argentinische Justiz weist sichtbare Mängel auf, die von Betroffenen, Juristen und Menschen mit gesundem Menschenverstand beanstandet, aber kaum korrigiert werden. Viele Richter verurteilen Verbrecher mild, oft weil sie der Meinung sind, dass diese Opfer einer ungerechten Gesellschaft sind, ohne zu berücksichtigen, wie gefährlich sie sind. In vielen Fällen werden die Prozesse in die Länge gestreckt, sei es, weil es sich um politisch brenzlige Fälle handelt und der Richter unter Druck steht, oder einfach aus Schlamperei. Es gibt auch viel Korruption, so dass die Richter dann gegen Geld, oder um einem Freund einen Gefallen zu tun, ein Urteil in einem bestimmten Sinn fällen. Und schließlich kommen noch Fälle hinzu, bei denen man merkt, dass den Richtern eine gute juristische Ausbildung fehlt.

Um diese Mängel zu beheben wurde in der Verfassungsreform von 1994 der Richterrat geschaffen, der auf der einen Seite das Verhalten der Richter prüft und sie eventuell absetzt, und auf der anderen Kandidaten für Richterposten prüft und dem Senat dann jeweils drei vorschlägt, von denen dieser einen wählt. In der Praxis hat der Richterrat in den fast 25 Jahren seines Bestehens sehr wenig getan, und ist auch jetzt kaum aktiv, obwohl Präsident Mauricio Macri Interesse an der Justizproblematik gezeigt hat. Unter Néstor Kirchner wurde die Zusammensetzung des Rates so geändert, dass die Regierung ihn beherrschte. Das wurde unter Macri korrigiert. Doch der neue Richterrat, der entscheidungsfähig ist und objektiv vorgeht, leistet sehr wenig, obwohl er bestimmt viel zu tun hat.

Die argentinische Justiz weist noch ein anderes grundsätzliches Problem auf. Es gibt eine Rechtsordnung, die allgemein angewendet wird, und eine andere, die für die Militärs gilt, die gegen den Terrorismus

gekämpft haben. Man kann über das Vorgehen der Militärs denken wie man will, aber sie müssen gemäß der allgemeinen Rechtsordnung prozessiert werden. Und das ist auch heute, unter der Macri-Regierung, nicht der Fall.

Für die Militärs und auch Zivilisten, die bei der Militärregierung mitgemacht haben, gilt zunächst nicht das Prinzip, dass ein Tatbestand, über den schon ein endgültiges Urteil gefällt wurde, nicht wieder aufgerollt werden kann. Die Gesetze vom Jahr 1987 (Alfonsín-Regierung) über Befehlsnotstand und Schlussstrich, die vom Obersten Gerichtshof schon als verfassungskonform eingestuft worden waren, wurden 16 Jahre später annulliert, was bedeutet, dass sie als ungültig erklärt wurden. Das war eine grobe Verletzung der Verfassung. Dann wurden Strafgesetze rückwirkend angewendet, was in der Verfassung verboten wird. Gewöhnliche Verbrechen wurden willkürlich als solche gegen die Menschheit eingestuft, die Verjährungsfristen wurden nicht eingehalten, die Höchstzeit von drei Jahren für eine Präventivhaft wurde nicht eingehalten, wobei viele Militärs schon über 10 Jahre Präventivhaft im Gefängnis absitzen, und die Norm, dass 70-Jährigen der Hausarrest zugestanden wird, wird nur ausnahmsweise eingehalten. Schließlich wird in vielen Fällen die Umkehrung der Beweislast verfügt, was allgemein nur bei Bereicherung von Staatsbeamten gilt.

Wenn wir einen Rechtsstaat haben wollen, dann darf die Rechtsordnung und das Vorgehen der Justiz nicht der Politik, den Ideologien und auch nicht den Interessen der Regierung unterstellt werden. Es muss objektiv und gerecht, gemäß der Verfassung, und der bestehenden Gesetze und Dekrete, geurteilt werden. Auch wenn die Urteile Vielen nicht gefallen.

## Im Blickfeld

# Weimar und Grundgesetz

Von Stefan Kuhn

**D**eutschland feiert, und es hat guten Grund zu feiern. Vor hundert Jahren trat in Weimar die Nationalversammlung zusammen. Deutschland wurde Demokratie. Dass diese Demokratie nicht dauerhaft war, lag nicht an den 386 Männern und 37 Frauen, die am 6. Februar 1919 in Weimar zusammenkamen, und nur bedingt an der Verfassung, die sie ein halbes Jahr später verabschiedeten.

Heute räumen Historiker mit vielen Mythen auf. Die Weimarer Verfassung war besser als ihr Ruf. Sie war damals eine der liberalsten und modernsten Verfassungen der Welt. Der Historiker Heinrich August Winkler verweist dabei auf den Grundrechtskatalog und das Frauenwahlrecht, das etwa in gestandenen Demokratien wie Großbritannien (1928) und Frankreich (1944) erst Jahre später eingeführt wurde. In Deutschland durften Frauen erstmals am 19. Januar 1919 eben für diese Nationalversammlung wählen und gewählt werden. In der späteren Verfassung wurde dieses aktive und passive Wahlrecht verbrieft.

Natürlich hatte die Weimarer Verfassung ihre Kinderkrankheiten, aber das machte sie auch wertvoll für den Parlamentarischen Rat, der 1949 das Grundgesetz verabschiedet hatte. Die Weimarer Verfassungsväter und -mütter konnten sich nicht so recht entscheiden, ob sie eine Präsidialdemokratie oder eine parlamentarische Demokratie wollten. Es gab mit dem direkt gewählten Reichspräsidenten und der vom Parlament gewählten Reichsregierung eine Art Doppelsekutive. Dass der Reichspräsident die Regierungsmacht übernehmen konnte, war zwar eine Regelung für den Notstand, aber der

herrschte gegen Ende der Weimarer Republik ständig, weil es keine stabilen Regierungskoalitionen mehr gab.

Das hat man im Grundgesetz beseitigt. Der Bundespräsident hat nur noch repräsentative Aufgaben. Er wird auch nicht wie etwa in Österreich direkt vom Volk gewählt und hat deswegen nicht einmal eine symbolische plebiszitäre Macht. Die andere wesentliche Änderung im Grundgesetz ist das konstruktive Misstrauensvotum. Der Bundestag kann den Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin nicht abwählen ohne einen neuen Regierungschef bzw. eine -chefin zu wählen. Das sorgte für stabile Regierungen. Am wichtigsten ist allerdings die Bedeutung der Grundrechte. Sie können auch durch Verfassungsänderungen, für die Zweidrittelmehrheiten in Bundestag und Bundesrat notwendig sind, nicht angetastet werden. Das Grundgesetz kann auch nicht aufgehoben oder wie bei Hitlers Ermächtigungsgesetz ausgesetzt werden, sondern nur durch eine neue vom Volk angenommene Verfassung abgelöst werden.

Mit dem Grundgesetz ist Deutschland eine „wehrhafte Demokratie“ geworden. Parteien, die diese Demokratie zerstören wollen, können verboten werden. Dafür gibt es allerdings hohe Hürden. Im Gegensatz zu Weimar hat die Judikative in der Bundesrepublik auch eine bedeutendere Stellung. Dass die Gewaltenteilung in Deutschland funktioniert, hat aber weniger mit der Verfassung zu tun. Das liegt daran, dass die Verfassungsrichter im Gegensatz zu den USA bei wichtigen Entscheidungen in der Regel ihr Parteibuch vergessen.

Das sind durchaus vernünftige und wegen der deutschen Geschichte nachvollziehbare Änderungen. Dass aus einer Demokratie eine Diktatur werden, ein Adolf Hitler auf „legalem“ Weg an die Macht kommen konnte, ist durch das Grundgesetz unwahrscheinlich geworden. In anderen Ländern würden solche Verfassungsregeln als Angriff auf die Demokratie gewertet werden. Es ist schon eine Einschränkung der Macht der Legislative, wenn ein Parlament einen Regierungschef nicht aus dem Amt werfen kann, ohne einen neuen zu wählen. Wieder andere Länder haben ihre Verfassungen völlig konträr zu Deutschland verändert. In Frankreich wurde in der Verfassung der Fünften Republik 1958 die Rolle des Präsidenten gestärkt und eine Doppelsekutive eingeführt. Das hat dort zu stabilen politischen Verhältnissen geführt.

Ein anderer Mythos für das Scheitern der Weimarer Republik ist derjenige der Demokratie ohne Demokraten. Das ist mit Blick auf die Wahlen von 1932 nachvollziehbar. Bei den Reichstagswahlen im Juli und September hatten die Anhänger der Republik keine parlamentarische Mehrheit mehr. Sieht man sich aber die Wahlen zur Nationalversammlung vom Januar 1919 an, zeichnet sich ein

anderes Bild ab. Mehr als drei Viertel der Abgeordneten stellten SPD, Zentrum und die linksliberale DDP, den Parteien, die weder dem Kaiserreich nachtrauerten noch eine Räterepublik wollten.

Am Scheitern der Weimarer Republik sind weniger die Verfassung oder die Demokratiefeindlichkeit der Deutschen schuld, sondern die äußeren Umstände. Dazu zählen sicher die harten Reparationsforderungen der Siegermächte im Versailler Friedensvertrag und die Weltwirtschaftskrise, die Deutschland Anfang der 1930er-Jahre besonders hart traf.

Bei Gründung der Bundesrepublik herrschten ganz andere Bedingungen. Nicht das Volk wurde für den Krieg bestraft, sondern die bekanntesten Kriegsverbrecher. Es gab Reparationen und Industriedemontage, aber mit dem US-amerikanischen Marshall-Plan auch Wirtschaftshilfe. Und das, obwohl die deutsche Kriegsschuld am Zweiten Weltkrieg im Gegensatz zum Ersten mehr als eindeutig war. Die erste deutsche Demokratie hätte unter ähnlichen Bedingungen wohl eine Chance gehabt.

## Randglossen

**I**n der jüdischen Gemeinschaft ist ein heftiger Streit entbrannt, nachdem das Hilfswerk AMIA vom Dachverband DAIA gefordert hat, dass er den Prozess aufgibt, den er gegen Cristina Kirchner wegen des Abkommens mit Iran eingeleitet hat, das die am Attentat auf die AMIA beschuldigten iranischen Beamten begünstigt hat. Die Reaktion war, wie zu erwarten, so heftig, dass der Präsident der AMIA, José Zbar, zurücktreten musste. Es ist begreiflich, dass die jüdische Gemeinschaft in dieser Sache sehr empfindlich ist, zumal vorher schon die israelische Botschaft von Terroristen, vermutlich auch iranischen, zerstört worden war. Ob es beim Prozess schließlich zu einer Verurteilung von Cristina kommt, ist eine andere Frage. Ihre Rechtfertigung, dass mit dem Iran-Abkommen eine Lösung gesucht wurde, ist einfach absurd. Aber der Kongress hat damals zugestimmt.

**J**etzt regen sie sich wieder auf die Ösis. Die deutsche Pkw-Maut wird kommen, und Wien steht machtlos vis-a-vis. Natürlich ist die Maut eine Schwachsinnsidee, die aus Bayern stammt und von allen anderen deutschen Bundesländern abgelehnt wird. Aber Schuld haben auch die Österreicher. Sie haben mit der Straßenräuberei angefangen, und es

ist verständlich, dass sich die bayrischen Autofahrer ärgern, wenn sie in Austria zur Kasse gebeten werden und die Österreicher in Bayern gratis rasen. Aber es ist auch nachvollziehbar, dass der österreichische Verkehrsminister und Fast-Bundespräsident Norbert Hofer kontert. Er will, dass seine Landsleute weniger bezahlen als Bayern und andere Ausländer. Wie du mir, so ich dir.

**D**er Mann hat nicht nur ein Problem, er hat einen Berg davon. Papst Franziskus hat jetzt zugegeben, dass der sexuelle Missbrauch in der Katholischen Kirche auch Ordensschwwestern betrifft. Die Misshandlung von Frauen sei ein generelles Problem. „Die Frau ist zweiter Klasse“, sagte Franziskus. Es ist ein kulturelles Problem. (...) Es gibt Länder, wo die Misshandlung von Frauen bis zum Frauenmord geht.“ Problem erkannt, Problem gebannt? Weit gefehlt. Es gibt nicht nur Länder oder Kulturen, in denen Frauen „zweitklassig“ sind, sondern auch Institutionen. Eine davon ist die Heilige römisch-katholische Kirche. Dort dürfen Frauen weder wählen, noch Priesterinnen werden. Päpstinnen schon gar nicht.

## Steuereinnahmen im Januar: +38,9%

Die gesamten Steuereinnahmen des Bundesstaates, einschließlich Zöllen, Sozialabgaben und Gebühren, erreichten im Januar 2019 \$ 368,93 Mrd., 38,9% über dem gleichen Vorjahresmonat und 13,8% über Dezember 2018. Die Jahreszunahme liegt um ca. 10 Prozentpunkte unter der der Inflation.

Die Entwicklung war im Einzelnen wie folgt:

**GEWINNSTEUER:** \$ 71,30 Mrd., +45,7%. In diesem Fall wurde die Inflationsrate fast erreicht. Auf der einen Seite schafft die Inflation Buchgewinne, die auch besteuert werden, was jetzt durch die Inflationsberichtigung von Aktiven gemildert wird. Und auf der anderen Seite verwässert die Inflation den Steuerbetrag.

**MEHRWERTSTEUER:** \$ 114,74 Mrd., +35%. Dabei ist der Betrag, der direkt vom Steueramt eingenommenen MwSt. um 49,4% gestiegen und der von Zollamt einbehaltenen Steuer nur um 2,5%. Die Rezession hat sich somit auf importierte Güter ausgewirkt, kommt aber im Binnenmarkt bei der MwSt. nicht zum Ausdruck, weil das Steueramt diese Steuer jetzt besser eintreibt und die Hinterziehung verringert hat.

**INTERNE STEUERN:** \$ 7,43 Mrd., +13,7%. Hier hat sich die Änderung der Zigarettensteuer ausgewirkt, die im Endeffekt die Steuerlast auf Zigaretten verringert hat.

**EXPORTZÖLLE:** \$ 15,57%, +327,3%. Der Mitte des Jah-

res 2018 geschaffene allgemeine Exportzoll hat viel eingebracht. Der Staat hat auf diese Weise einen Teil des Abwertungsgewinnes abgeschöpft, den diejenigen erhalten haben, die Güter direkt oder über Dritte exportieren.

**IMPORTZÖLLE:** \$ 9,67 Mrd., +17,8%. Hier kommt der drastische Importrückgang zum Ausdruck, denn die Importwerte sind infolge der Abwertung in 12 Monaten um über 100% gestiegen, so dass bei gleichbleibenden Importen die Zolleinnahmen im gleichen Verhältnis hätten zunehmen müssen.

**BRENNSTOFFSTEUERN:** \$ 9,86 Mrd., +65,5%. Die Zunahme entspricht ungefähr der Preiserhöhung.

**SHECKSTEUER:** \$ 24,34 Mrd., +50,7%. Diese Zunahme zeigt, dass diese Steuer die Zahlungen über Bankkonten (mit Scheck, Karten oder Internetüberweisung) nicht beeinträchtigt hat. Es wird immer weniger in Bargeld bezahlt.

**SOZIALABGABEN:** \$ 109,10 Mrd., +28,5%. Die Zunahme ergibt sich aus Lohnerhöhungen und in geringem Ausmaß auf Übergang von Schwarzarbeitern auf den legalen Bereich, nachdem keine Zunahme der Gesamtbeschäftigung stattgefunden hat.

## Argentinien

**Der Dollarkurs schloss am Mittwoch zu \$ 38,59, gegen \$ 38,65 eine Woche zuvor.** Die ZB kaufte in den letzten Tagen u\$s 75 Mio. Dollar täglich, was nicht verhindert hat, dass sich der Grossistenkurs, der leicht unter dem für einzelne Transaktionen gilt, unter der Interventionsgrenze verblieb. Außerdem hat die ZB Leliq-Schatzscheine für \$ 175 Mrd. auf 7 Tage zu 48,82% untergebracht. Ab Oktober 2018, als der Zinssatz für diese Titel 73,52% erreichte, ist der Satz um 24,7 Prozentpunkte gesunken. Die ZB-Reserven lagen am Mittwoch bei u\$s 67 Mrd., gegen u\$s 66,40 Mrd. in der Vorwoche. Der Rofex-Terminkurs lag zum 31.1.20 bei \$ 51,98, was einen Jahreszinssatz von 39,64% zum Ausdruck bringt

\*\*\*

**Das Schatzministerium hat am Mittwoch Boncer-Titel für \$ 15 Mrd. untergebracht, die 2020 verfallen und eine Rendite von 8,78% ergeben.** Die Offerten betragen \$ 18,22 Mrd. Diese Titel werden mit dem UVA-Index wertberichtet.

\*\*\*

**Der Merval-Aktienindex der Börse von Buenos Aires verzeichnet in einer Woche zum Mittwoch eine Zunahme von 1,92%,** und liegt somit um 21,26% über Ende Dezember 2018.

\*\*\*

**Die Staatstitel wiesen in einer Woche zum Mittwoch allgemeine Haussen auf.** Die Entwicklung war im Einzelnen wie folgt: Argentina 2019: unverändert; Argentina 2021: +1,53%; Argentina 2026: +4,07%; Argentina 2046: +5,92%; Bonar 2024: 1,78%.

\*\*\*

**Gold wurde in Buenos Aires (Banco Ciudad) am Mittwoch bei 18 Karat zu \$ 774,78 pro Gramm gehandelt (Vorwoche: \$ 774,37) und bei 24 Karat zu \$ 1.506,01 (\$ 1.529,23).**

\*\*\*

**Die Geldmenge, gemessen als monetäre Basis (Banknoten im Umlauf plus Bankdepositen bei der ZB) stieg in 12 Monaten zum 4.2.19 um 37,57%.** In den letzten 30 Tagen betrug die Zunahme 4,69%, was eine Folge der Devisenkäufe der ZB ist. Das monetäre Aggregat M2 (Banknoten im Umlauf plus Giro- und Spardepositen), das sich auf Zahlungsmittel im weiteren Sinn bezieht, stieg in 12 Monaten nur um 14,83%. Hier kommt die restriktive Geldpolitik voll zum Ausdruck.

\*\*\*

**Die gesamten Bankdepositen in Pesos nahmen in 12 Monaten zum 4. 2.19 um 43,26% auf \$ 2,95 Bio. zu, und die gesamten Pesokredite stiegen um 12,15% auf \$ 1,63 Bio.** Die Zunahme der Pesokredite lag weit unter der Inflation, so dass real eine starke Verringerung eingetreten ist. Die gesamten Dollardepositen der Banken nahmen in der gleichen Periode um 1,56% auf u\$s 33,29 Mrd. ab, während die Dollarkredite um 5,58% auf u\$s 15,92 Mrd. zunahmen.

\*\*\*

**In der Provinz Jujuy wurde die erste photovoltaische Stromanlage des Landes in Betrieb genommen.** Die Anlage, mit 430 Solarplatten, die Sonnenenergie in elektrischen Strom umwandeln, liegt in Olaroz Chico, auf 4.000 Metern Höhe und gehört den Provinz-Unternehmen "Energia de Jujuy" und "Empresa Jujeña de Sistemas Energéticos Dispersos". In Jujuy befinden sich weitere Solaranlagen in Bau. Im Hochplateau scheint die Sonne ständig und sehr stark, so dass die Bedingungen für Sonnenanlagen optimal sind.

\*\*\*

**Nachdem die Subvention für das im Gebiet von Vaca Muerta erzeugte Gas stark verringert wurde, melden sich die betroffenen Unternehmen**

**zu Wort.** Tecpetrol (vom Techint-Konzern), die am stärksten betroffene Firma, hat die Kosten der Preisverringerung auf \$ 5,65 Mrd. veranschlagt. YPF kam sogleich hinzu, mit einem Verlust von u\$s 60 Mio. Und Pampa Energía ist noch dabei, den Schaden zu quantifizieren. In allen Fällen stellen die Unternehmen eine Verringerung der Investitionen in Aussicht. Die nicht konventionelle Gasförderung im Gebiet von Vaca Muerta hat hohe Kosten, einmal weil das Verfahren zur Freigabe des im Gestein enthaltenen Gases umständlich ist (auch Explosionen erfordert) und dann weil das Lager auf 3.000 Meter Tiefe liegt (gegen 1.000 Meter bei analogen Lagern in den USA). Da die Beteiligung von Gas von Vaca Muerta am Konsum stark zunimmt, steigt auch der Durchschnittspreis für Gas. Allerdings liegt der Preis, von knapp über 7 Dollar je Mio. BTU (British Termic Unit) unter dem Preis des per Schiff importierten Gases. Die Abwälzung des höheren Gaspreises auf den Konsumenten ist sehr umstritten.

\*\*\*

**Die landesweite Gasförderung lag 2018 bei 47,02 Mrd. Cbm, 5,3% mehr als 2017, berichtet das Energiesekretariat.** Die Erdölförderung erreichte 28,39 Mio. Cbm., 2% über dem Vorjahr, als die Produktion den niedrigsten Stand seit 1980 erreicht hatte. Die Zunahme der Gasförderung ist fast ausschließlich auf die Produktion im Gebiet von Vaca Muerta zurückzuführen. Von der Gasförderung entfielen 15,06 Mrd. Cbm. auf YPF (+0,3%), 11,86 Mio. Cbm auf Total (-0,6%), 5,39 Mrd. Cbm auf PAE (-2%), 4 Mio. Cbm auf Tecpetrol (+160%) und 1,6 Mrd. Cbm auf Compañía General de Combustibles (+49,3%). Die Zunahme bei Tecpetrol, die auf die Ausbeutung in Vaca Muerta beruht, war im Dezember mit plus 269% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat, noch bedeutender.

\*\*\*

**Im Januar 2019 wurden 59.844 Automobile u.a. Kfz. in das offizielle Register eingetragen, 50,4% weniger als im gleichen Vorjahresmonat, berichtet der Agenturenverband Acara.** Dies entspricht den Verkäufen der Agenturen an ihre Kunden. Nachdem das Jahr 2017 mit einem Rekord von 901.003 Eintragungen neuer Kfz abschloss, und es im 1. Halbjahr 2018 500.966 waren, schloss das ganze Jahr 2018 mit 803.050 Einheiten, 11% unter dem Vorjahr. Und 2019 geht in Richtung eines weiteren und größeren Rückganges.

\*\*\*

**Die Investitionen, gemessen zu konstanten Werten, lagen im Dezember 2018 um 19,2% unter dem gleichen Vorjahresmonat, und ganz 2018 um 5,6% unter dem Vorjahr, hat die Consulting-Firma Orlando Ferreres & Paer ermittelt.** Dabei gingen die Investitionen in Maschinen und Anlagen viel stärker zurück: um 28,1% im Dezember und 10,7% im ganzen Jahr 2018. Hingegen sank die Investition in Bauten im Dezember nur 7,5%, und blieb im ganzen Jahr 2018 unverändert gegenüber dem Vorjahr.

\*\*\*

**2018 wurden in Argentinien 363.000 Tonnen Fisch und Fischereiprodukte konsumiert, 4,8% unter dem Vorjahr, gab die Firma IES Consultores bekannt.** Pro Kopf betrug der Konsum 7,9 Kg. im Jahr. Doch hinzu kommt noch der Fischfang in Flüssen und Seen durch Personen, die den Fisch nicht verkaufen, sondern direkt konsumieren, was eventuell noch 3 kg pro Kopf hinzufügen kann.

\*\*\*

**2018 wurden 76.200 Tonnen Knoblauch ("ajo") exportiert, 29,2% mehr als im Vorjahr.** Die Exportzunahme wurde durch die Abwertung möglich, nachdem vorher sehr aggressive chinesische Exporte

Argentinien weitgehend auf dem brasilianischen Markt verdrängt hatten.

\*\*\*

**Das Schiff, das für die Gasverflüssigung zwecks Export bestimmt ist, ist am Samstag in Bahía Blanca angekommen.** Es wird erlauben, ab März 2,5 Mio. Cbm, Gas pro Tag zu verflüssigen. Es ist vorgesehen, dass 8 Gasladungen pro Jahr auf Schiffe erfolgen, die das verflüssigte Gas mitnehmen. Bis vor kurzem lag in Bahía Blanca das US-Schiff Excelsior vor Anker, um importiertes Pressgas aufzunehmen und in normales Gas umzuwandeln. Dank der höheren Gasförderung, die in Vaca Muerta erreicht worden ist, besteht jetzt in den Sommermonaten ein Gasüberschuss, der exportiert wird, während in den Wintermonaten weiter Gas importiert werden muss.

\*\*\*

**Der Index der Industrieproduktion des INDEC weist für Dezember 2018 einen interannuellen Rückgang von 14,7% aus, womit das ganze Jahr 2018 um 5% unter 2017 lag.** Im Dezember waren die Abnahmen bei den einzelnen Branchen im Vergleich zu Dezember 2017 wie folgt: Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren: -2,9%; Erdölraffine-

rien, Kautschuk und Kunststoffe: -11,6%; Papier, Druck und Verlage: -13,8%; Textilien, Bekleidung, Leder und Schuhe: -18,3%; Nichtmetallische Erze und Grundmetalle (Stahl und Aluminium): -19%; Metallindustrie, einschließlich Maschinen und Anlagen: 22%; Kfz. und Transportmittel aller Art: -30,1%; Möbel u.a. Industrien: 31,1%; Verschiedene Apparate und Instrumente: - 31,4%.

\*\*\*

**Die Bauwirtschaft verzeichnet im Dezember laut INDEC einen interannuellen Rückgang von 20,5%, weist jedoch im ganzen Jahr 2018 eine Zunahme von 0,8% auf.**

\*\*\*

**Die Regierung hat die Invalidenrenten ins Visier genommen, nachdem die Zahl dieser Renten von ca. 150.000 im Jahr 2006 auf 290.968 im Jahr 2008 und 1,04 Mio. im Jahr 2014 gestiegen war und danach noch leicht zunahm.** Das Gesetz bestimmt, dass die Invalidenrente an diejenigen gezahlt wird, bei denen die Arbeitsfähigkeit zu mindestens 76% verringert wurde (wegen Unfall oder Krankheit) und keine Arbeit oder andere Einnahmen haben. Das trifft in den allermeisten Fällen nicht zu. Der

Betrag dieser Renten stieg in einem Jahrzehnt von \$ 410 Mio. auf \$ 11,33 Mrd (+2826%). Die Kirchner, und besonders Cristina, haben überall Staatsgelder in hohem Umfang verschenkt.

\*\*\*

**Ab Januar berechnet das ANSeS die Einbehaltung auf die Gewinnsteuer auf den Betrag, der sich aus der Pension und einer Hinterbliebenenrente ergibt (sofern diese besteht).** Vorher wurden beide Zahlungen unabhängig berechnet, so dass viele Rentner nicht von der Steuer erfasst wurden, wie es bei der Summe beider Beträge jetzt der Fall ist.

\*\*\*

**Die Reisproduktion wurde durch die Überschwemmung in den Provinzen Chaco und Corrientes besonders stark betroffen, so dass ein großer Ernteverlust erwartet wird.** Die Reislandwirte haben von der Regierung finanzielle Hilfe beantragt. Die Industrie, die Reis verarbeitet, rechnet dieses Jahr mit nur 1 Mio. Tonnen, bei einer Kapazität von 2,3 Mio. Tonnen.

\*\*\*

**Präsident Mauricio Macri muss entscheiden, ob er den neuen Weizensamen zulässt, der gegen**

**Dürre resistent ist und in Argentinien entwickelt wurde.** Dante Sica (Produktions- und Arbeitsminister), Lino Baraño (Wissenschaftssekretär) und Leonardo Sarquis (Landwirtschaftsminister der Provinz Bs.As.) sind dafür, doch Luis Miguel Etchevere (Landwirtschaftssekretär) und Juan Balbín (Vorsitzender des INTA-Forschungsinstitutes) dagegen. Dieser Weizen wurde von der Firma Firma Bioceres entwickelt, auf Grund einer Forschung von Raquel Chan, von der Universität von Santa Fé. Das Thema ist besonders wichtig, weil die Weizenerträge bei Dürre normalerweise stark zurückgehen.

\*\*\*

**Die lokale Kfz-Fabrikation erreichte im Januar 2019 14.803 Einheiten, 32,3% unter dem gleichen Vorjahresmonat, berichtet der Verband der Fabrikanten Adefa.** Die Lieferungen an die Agenturen lagen mit 30.038 Einheiten um 53,4% unter dem Vorjahr, und der Export lag mit 7.403 Einheiten um 67,7% unter Januar 2017. Der weitaus größte Teil der an die Agenturen gelieferten Kfz war importiert.

\*\*\*

## Lateinamerika

**Der brasilianische Bundesstaat wies für 2018 ein Defizit von umgerechnet u\$ 131,74 Mrd. aus, gleich 7,09% des Bruttoinlandsproduktes.** Es ist das niedrigste Defizit der letzten 4 Jahre, wobei es 2017 noch 7,8% des BIP, 2016 8,98% und 2015 10,22% waren. Das primäre Defizit lag 2018 bei 1,57% des BIP. Der größte Teil des Defizits entfällt auf Zinsen. Die Staatsschuld erreichte zum 31.12.18 laut ZB u\$ 1,42 Bio., 75,7% des BIP. 2017 lag die Schuld noch bei 74,1% des BIP. Die Arbeitslosigkeit betrug Ende 2018 11,6% der aktiven Bevölkerung, gleich 12,2 Mio. Menschen.

\*\*\*

**Dieses Jahr wird die Regierung von Uruguay dem argentinischen Steueramt (das von der AFIP abhängt) sämtliche Daten über Bankkonten in Uruguay, die die auf Personen oder Unternehmen mit Wohnsitz in Argentinien lauten, übergeben.** Bisher wurden nur Konten von über einer Million uruguayischer Pesos übermittelt.

\*\*\*

**General Motors gab bekannt, dass es mit der bra-**

**silianischen Regierung über eine Investition von u\$ 2,7 Mrd. verhandle, die für die Modernisierung und Erweiterung der Fabriken in Sao Caetano do Sul und San José de los Campos in der Periode 2020/24 bestimmt sei.** Gegenwärtig ist das Unternehmen dabei, ein Investitionsprogramm für u\$ 3,5 Mrd. zu vollenden, das 2014 begonnen wurde.

\*\*\*

**Der Index der Konsumentenpreise stieg in Uruguay im Januar gemäß dem Statistischen Amt um 2,17%, als Folge der Erhöhung der Tarife für öffentliche Dienste.** Doch in 12 Monaten zum Januar betrug die Inflation nur 7,39%.

\*\*\*

**Die Regierung von Venezuela hat 73 Tonnen Gold an die arabischen Emirate und die Türkei verkauft.** Das stellt 40% der Goldreserven des Landes dar.

## Geschäftsnachrichten

### SanCor

Beim schwierigen Sanierungsverfahren der Milchgenossenschaft SanCor, ist schließlich die Übertragung der Fabriken in Chivilcoy und Morteros, und der Marken Tres Niñas und Angelita, auf Adecoagro, vollendet worden. Ursprünglich sollten sämtliche Aktiven von SanCor an Adecoagro übertragen werden, aber es gab schließlich keine Einigung. Adecoagro ist ein großer und sehr effizienter Milchproduzent, der jetzt auch in die Milchindustrie einsteigt.

### Sofrecom

Dieses vor 25 Jahren gegründete Unternehmen der Informatik hat sich jetzt mit einer Investition von \$ 40 Mio. im Technologiebezirk der Stdt Buenos Aires niedergelassen, auf einem Grundstück auf den Straßen Caseros und Colonia. Insgesamt haben sich in diesem Bezirk von 327 Unternehmen mit einer Gesamtinvestition von u\$s 327 Mio. niedergelassen, darunter Deloitte, Despegar, Ernst & Young, Huawei, Mercado Libre und Neoris.

### Simplot Argentina

Dieses Lebensmittelunternehmen gehört zu je 50% Fabio Calcaterra (Vetter von Präsident Macri) und dem USA-Unternehmen JR Simplot. Die Anfangsinvestition betrug u\$s 140 Mio. und wurde diese Woche vollendet. Die Firma betreibt ein Landgut von 6.000 Ha. in San Carlos (Mendoza), das von Bäumen gereinigt und mit künstlicher Bewässerung ausgestattet wurde, und dann eine Fabrik in Lujan de Cuyo, in der vornehmlich

vorgekochte gefrorene "pommes frites", aber auch "Noisettes" und vorgekochte Zwiebelringe erzeugt werden sollen. Die Kapazität beläuft sich auf 120.000 Jato. 70% der Produktion soll exportiert werden. Die Belegschaft wird 270 Personen umfassen, aber das Unternehmen wird indirekt weitere 2.000 Beschäftigte schaffen.

### Limoneira Company

Dieses US-Unternehmen, einer der größten Exporteure von Zitrusobst der ganzen Welt, hat sich mit der lokalen FGF Trapani zusammengetan, einem der größten Zitrusobstexporteure Argentiniens, der auch 1.300 Ha mit Zitrusobst in Salta und Jujuy besitzt, um den Anbau von Zitruspflanzen gemeinsam zu erweitern und den Export zu erhöhen. Die gemeinsame Firma, die 51% der US-Firma gehört, soll Limoneira Argentina S.A. heißen. Sie wird zunächst 25% des Geländes von Santa Clara kaufen, was 485 Ha. darstellt, Binnen 3 Jahren sollen dann weitere 25% gekauft werden.

### Tenaris

Diese Firma des Techint-Konzerns, die die Fabriken für Stahlröhren umfasst, hat mit der russischen PAO Severstahl ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet, um eine Fabrik für geschweißte Röhren (nicht nahtlose, wie die der Fabrik in Campana, Provinz Buenos Aires) in Surgut, Westsibirien, zu errichten. Die Investition wurde auf u\$s 40 Mio. veranschlagt, die Kapazität auf 300.000 Jato, und die Bauzeit auf 2 Jahre.

# Wechselkursentwicklung ohne Sprünge

Von Juan E. Alemann

**D**er Devisenmarkt befindet sich in den letzten Wochen unter starkem Angebotsdruck, was den Kurs trotz ZB-Käufen unter die Interventionsgrenze gedrückt hat. Es war ursprünglich vorgesehen, dass die ZB bei Unterschreitung der Grenze u\$s 150 Mio. pro Tag kaufen würde. Doch dann verringerte die ZB den Betrag auf \$ 50 Mrd., und als sie empfand, dass dies zu wenig ist, erhöhte sie ihn auf u\$s 75 Mio. Die Devisenkäufe führen zu Geldschöpfung, und dies widerspricht dem Ziel, die Geldmenge (definiert als monetäre Basis) konstant zu halten, dem die ZB Priorität einräumt. Es ist nicht gut, wenn die angekündigten Spielregeln kurz nachdem sie bekanntgegeben wurden, zwei Mal in Folge geändert werden. Der Betrag von u\$s 150 Mio. war, rein empirisch gesehen, in Ordnung, und hätte beibehalten werden sollen. Eventuell hätte er sogar erhöht werden müssen. Und das Problem mit der konstanten monetären Basis hätte dann eventuell anders gelöst werden müssen.

Im Grunde war es eben ein Fehler, das Ziel der unveränderten monetären Basis aufzustellen. Denn das bedeutet, dass alle anderen wirtschaftlichen Daten diesem Ziel unterstellt werden, was in der Praxis bedeutet, dass die Inflation nur mit einer tiefen Rezession eingedämmt wird. Das ist wenig sinnvoll und auch politisch unhaltbar. Besonders in einem Wahljahr. Vernünftigerweise muss angestrebt werden, die Inflation schrittweise zu verringern, aber ohne der Wirtschaft eine starke Rezession aufzubürden. Die Stabilisierungspolitik muss umfassend sein, also auch die Lohnpolitik und den Wechselkurs umfassen, und ebenfalls das Problem der Änderung der relativen Preise berücksichtigen. Sonst ist sie zum Scheitern verurteilt.

Der Sinn der Interventionsgrenzen beim Wechselkurs, die etwa im Einklang mit der internen Inflation monatlich erhöht werden sollen, bestand darin, der Wirtschaft ein

klares Signal über die Entwicklung des Wechselkurs zu geben, der nicht (oder nur sehr beschränkt) hinter der internen Inflation zurückbleiben sollte. Das erleichtert die Kalkulation der Unternehmen, an erster Stelle derjenigen, die Exportprodukte erzeugen, und auch der Konsumenten. Ein stark schwankender Wechselkurs schafft Ungewissheit, wirkt paralyisierend und auch inflationär, weil Kurssprünge sofort auf Preise übertragen werden, Kursrückgänge jedoch kaum. Argentinien braucht einen verwalteten Wechselkurs, und gerade das hatte der Internationale Währungsfonds im ersten Abkommen nicht begriffen. Erst mit der Korrektur wurden die Interventionsgrenzen eingeführt, die ziemlich weit auseinander liegen und somit auch einen Schwankungsspielraum erlauben, der nicht gering ist. Nebenbei bemerkt: wenn die ZB dabei ihre Reserven stark erhöht, dann kann sie Staatspapiere an der Börse von New York kaufen, die unter pari gehandelt werden, womit sie ein Geschäft macht, das den Staatsfinanzen zugute kommt, und das "argentinische Risiko" verringert, was sich auch positiv auswirkt.

Erinnern wir in diesem Zusammenhang an die Untersuchung des Nobelpreisträgers für Wirtschaft Robert Mundell, der festgestellt hatte, dass Währungen, die sich auf kleinere Wirtschaften bezogen (also auch die argentinische), stärkeren Schwankungen ausgesetzt sind. In diesem Sinne empfahl er den Zusammenschluss der EU-Staaten zur Schaffung einer gemeinsamen Währung, die schließlich im Euro ihren Ausdruck fand. Die Verantwortlichen für Währungen, die große Wirtschaftsräume zur Grundlage haben, brauchten sich somit weniger um den Wechselkurs zu kümmern, und beeinflussen ihn indirekt über ihre Geldpolitik, was genügt. Aber kleine Währungen erfordern eben eine direkte Intervention, da

sie sonst Gefahr laufen, starken Schwankungen ausgesetzt zu werden.

Nach einem turbulenten Jahr 2018, in dem der Devisenmarkt aus den Fugen geriet und der Wechselkurs um über 100% stieg, kann man jetzt eine ruhige Entwicklung erwarten. Dabei muss sich die Regierung bewusst sein, dass der Wechselkurs nur wenig unter der internen Inflation zurückbleiben darf. Die Versuchung einer realen Aufwertung des Pesos ist groß, weil dies die Konjunktur kurzfristig antreibt. Aber es schafft dann gelegentlich wieder das gleiche Problem, das Argentinien schon etliche Mal, zuletzt Mitte 2018, erlebt hat.

Die Zahlungsbilanz hat dieses und nächstes Jahr kein Problem. Der Beitrag des IWF kommt für den größten Teil der fälligen Schuldenzahlungen auf. Hinzu kommen noch mittel- und langfristige Kredite der Weltbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID), der Andenkörperschaft, und auch Kredite von chinesischen Banken und sonst auch von europäischen Banken, die konkrete Investitionsprojekte finanzieren, nachdem sie jetzt die

politische Sicherung erhalten. Was für den Kapitalmarkt eventuell verbleibt, dürfte sehr wenig sein, wobei hier auch die Möglichkeit besteht, die internen Dollarsparer anzusprechen. Über diese letzte Möglichkeit haben wir schon eingehend berichtet. Über die Rückzahlung des IWF-Kredits braucht man sich vorerst keine Sorgen zu machen, wobei der IWF ohnehin keine Krise provozieren will, so dass er mit sich reden lässt.

Die Regierung kann somit den Devisenmarkt in diesem in den nächsten Jahren, mindestens für ein Jahrzehnt, beherrschen. Gewiss muss darauf geachtet werden, dass die Leistungsbilanz nicht wieder aus den Fugen gerät, und auch, dass die Inflation beherrscht wird und sich innerhalb der traditionellen Größen, bei abnehmender Tendenz, bewegt. Im Grunde besteht das einzig effektive Risiko darin, dass wieder eine Regierung wie die der Kirchners an die Macht kommt, die dann erneut so viel Unfug anstellt, dass es schließlich zu einer hausgemachten Krise kommt.

# Pannen bei Stromversorgung und Tariferhöhungen

Von Juan E. Alemann

**D**ie außerordentliche Hitze der letzten Wochen hat in der Bundeshauptstadt, und auch sonst, zu nicht vorgesehenen Unterbrechungen der Stromversorgung geführt. Das Netz wird dabei überlastet und erleidet an gewissen Stellen Schaden. Gewiss kann in vielen Fällen schon vorher, durch Investitionen, Vorsorge geschaffen und die Panne dann vermieden werden. Aber das erfordert hohe finanzielle Mittel, die eben nicht vorhanden sind. Da der Ausfall der Stromversorgung mit der jüngsten Tariferhöhung zusammentraf, ist es begreiflich, dass der Protest sehr groß war. Dabei traten dann sofort die kommunistischen Gruppen auf, die eine Rückverstaatlichung der Verteilungsunternehmen Edesur und Edenor forderten.

Beginnen wir jetzt von vorne. Das Verteilungsnetz ist veraltet und wird nach und nach ausgebessert, um Pannen zu vermeiden, und auch erweitert, um der zunehmenden Nachfrage nachzukommen. Klimaanlage wurden in den letzten Jahrzehnten in großen Mengen eingesetzt, und das hat den Konsum in die Höhe getrieben. Außerdem wurden mehr Hochhäuser gebaut, und die Bevölkerung hat zugenommen.

Bis Anfang der 90er Jahre wurde die Stromverteilung durch die staatliche Segba vollzogen, die aus den privaten Firmen CADE und Italo entstanden war. Wie es beim Staat üblich ist, wurde dabei die Instandhaltung vernachlässigt, vor allem beim Verteilungsnetz. Und es gab auch keine vernünftige Politik bei den Reparaturen. Unzählige Pannen waren jeden Sommer an der Tagesordnung, und die gleiche Panne wiederholte sich in kurzen Abständen. Es war ein katastrophaler Zustand, was nicht vergessen werden sollte. Um Gotteswillen keine Rückkehr zu einem Staatsunternehmen bei der Stromverteilung!

Als unter der Menem-Regierung die Kraftwerke von Segba auf der einen Seite und die Stromverteilung auf der anderen in Konzession an Privatunternehmen vergeben wurden, änderte sich die Lage in kurzer Zeit vollständig. Bei den Kraftwerken wurde sofort die Kapazität gesteigert, durch Einführung der Technologie der Nutzung der Energie, die bei den Turbinen verblieb (benannt "kombinierter Zyklus"), und es gab keinen Strommangel mehr, sondern längere Zeit Überschuss. Bei der Verteilung führten Edesur und Edenor ein System ein, bei dem bei jeder Panne des Verteilungsnetzes eine gründliche Reparatur erfolgte, so dass sich der gleiche Stromausfall nicht wiederholte. Das führte dann zu einer progressiven Verringerung der Pannen, wobei auch die Dauer der Ausfälle bei der Stromversorgung stark verkürzt wurde. Der Dienst verbesserte sich spürbar. Nur einmal gab es einen großen Stromausfall, weil eine Anlage in einem Kraftwerk einen schweren Brand erlitt. Ausnahmen dieser Art lassen sich nicht vermeiden.

Unter Néstor Kirchner wurden die Stromtarife zunächst in Pesos eingefroren, was auch die Marge der Verteilungsunternehmen betrifft. Da diese kaum ausreichte, um die Kosten zu decken, und die Unternehmen auch Verluste erlitten, wurde die Wartung auf ein Minimum reduziert. Die Pannen nahmen dabei zu, bis es im Februar 2014 zu einem anormal großen Stromausfall kam, was Minister Julio de Vido veranlasste, den Stromverteilern einen hohen Betrag zur Verfügung zu stellen, um Reparaturen und Instandhaltung im Allgemeinen durchzuführen. Der Dienst verbesserte sich daraufhin, verblieb aber mangelhaft.

Erst unter der Macri-Regierung wurden den Vertei-

lungsunternehmen die vollen Kosten anerkannt, was auch die Wartung, die Erneuerung und notwendige kleinere Investitionen einschließt. Der Dienst hat sich daraufhin verbessert, mit weniger Stromausfällen, und die Dauer derselben hat sich etwa halbiert. Die Zahl der Betroffenen machte vor zwei Wochen im schlimmsten Krisenmoment nur 2,7% der Stromverbraucher von Edenor und Edesur aus. Doch für den, der von einer schweren Panne betroffen ist, hat das statistische Argument keinen Wert.

Der Stromtarif steigt in der Bundeshauptstadt zunächst um 26%, und dann im März um weitere 14%, so dass es im 1. Quartal insgesamt 45% sind. Dann kommt eine Zunahme von je 4% im Mai und August hinzu, womit die Tarifierhöhung im Jahr 2019 auf 55% steigt. Gleichzeitig werden jetzt die Verteilungsunternehmen nicht mehr von der Bundesregierung, sondern von der Stadt und der Provinz Buenos Aires abhängen. Wenn sie Subventionen benötigen, müssen sie sie tragen. Es ist anzunehmen, dass die Verteilungsunternehmen mit dem Tarif auskommen, um ihre gesamten Kosten zu decken. Doch die Investition für die Erweiterung des Netzes, die besonders in armen Vororten notwendig ist, bedarf einer öffentlichen oder staatlichen garantierten Finanzierung. Edesur und Edenor haben kaum eine Möglichkeit, Mittel über den Kapitalmarkt oder durch langfristige Kredite aufzubringen. Wobei die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank nur dem Staat und staatlichen Ämtern leihen.

Die Stromwirtschaft soll 2019 noch zu 24% durch staatliche Subventionen finanziert werden, und zu 76% durch die Tarife. 2018 betrug der staatliche Beitrag 36%, und 2015, unter der Regierung von Cristina Kirchner, wurden 90% der Kosten mit Subventionen und nur 10% über die Tarife finanziert, was absurd war. Ein großer Teil des staatlichen Beitrages wird für die Subvention eingesetzt, die beim sozialen Tarif besteht, so dass die Subvention für andere unter den genannten Prozentsätzen liegt. Dann besteht beim Stromtarif der Haushalte eine progressive Skala, wobei diejenigen, die in die höheren Stufen geraten, zumindest für diesen Teil ihres Konsums keine Subvention beziehen. Unter der Macri-Regierung wurde die Progression zunächst erhöht, so dass Haushalte mit hohem Stromkonsum, die in der Regel auf wohlhabendere Familien entfallen, viel mehr zahlen als solche mit geringen. Wurde dies jetzt weitergeführt? Warum die Regierung all

dies nicht eingehend erklärt, ist unverständlich. Auch die Tatsache, dass der Stromtarif in den Provinzen meistens wesentlich höher als in Groß-Buenos Aires ist, obwohl das BIP pro Kopf viel geringer ist, wird nur beiläufig erwähnt. Ständig werden Einzelfälle bekanntgegeben, bei denen die Stromrechnung im Vergleich zu anderen mit dem gleichen Stromverbrauch absurd hoch erscheint. Handelt es sich um Fehler bei der Ausstellung der Rechnungen, oder hat dies einen besonderen Grund, eventuell einen Stromverlust durch defekte Kabel? Auch das sollte erklärt werden.

Schließlich sollte noch bekanntgegeben werden, wie die Bilanzen der Stromverteiler und der Kraftwerksbetreiber aussehen. Im Fernsehen wurden Zahlen über hohe Gewinne der Verteiler genannt. Stimmen sie? Sind es echte Gewinne oder nur Buchgewinne, die die Inflation schafft? Wie hoch sind die Nettogewinne der an der Stromwirtschaft beteiligten Unternehmen? Gibt es Bardividenden? All das muss bekanntgegeben werden, um das Thema politisch zu entschärfen und die Diskussion in vernünftige Bahnen zu leiten.

Abgesehen davon sollte die Regierung unabhängige Experten für ein Gutachten über die Stromwirtschaft verpflichten, eventuell die Gruppe der acht ehemaligen Energiesekretäre, die sich seit über einem Jahrzehnt mit dem Thema beschäftigt. Das würde zur Aufklärung beitragen, wobei bestimmt auch Initiativen auftauchen, die für die Regierung nützlich sind. In der Regierungsstruktur fehlt allgemein die tiefgründige Denkarbeit, mit einer langfristigen Sicht, weil die zuständigen Beamten mit Tagesproblemen überlastet sind.

Schließlich sollte mit der Sparpolitik beim Energieverbrauch insistiert werden. Die Zeitung "La Nación" veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom letzten Samstag einen Leserbrief, in dem der Verfasser erklärt, wie er seinen Bimesterkonsum von 1.600 KWSt. auf nur 613 KWSt. verringert hat: durch Einsatz von LED-Lampen und technologisch fortgeschrittener Geräte (Eisschrank, Waschmaschine und Klimaanlage) und durch Abschalten von Lichtern und Geräten, wenn man sie nicht braucht. In reichen Ländern, wie Deutschland, achten die Menschen auf ihren Stromkonsum, im ärmeren Argentinien kaum. Dies zu ändern, gehört auch zur kulturellen Revolution, die Macri befürwortet.